



# Jugend im Parlament

## Resolutionen 1993

### AusländerInnen-Feindlichkeit

Wir verurteilen jegliche AusländerInnen-Feindlichkeit und jegliche rechtsextremistische Gruppen und deren Aktivitäten.

Um der allgemeinen AusländerInnen-Feindlichkeit entgegenzuwirken, schlagen wir folgendes vor:

- Das soziale Netz soll aufgebaut und ausgebaut werden unter der Voraussetzung strikter Kontrolle des Mißbrauchs.
- In allen Bereichen des Staates soll eine groß angelegte Aufklärungsarbeit begonnen werden.
- Integrationsmodelle, die die Integration der Ausländerinnen und Ausländer und die allgemeine Toleranz fördern, sollen erstellt und unterstützt werden.
- Arbeitsgemeinschaften, die das Ziel haben, gewaltfreies Leben in allen Bereichen der Gesellschaft zu gestalten, sollen aufgebaut und unterstützt werden.
- Es sollte eine Kommunikation zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen stattfinden.
- Jugendarbeit mit deutschen und ausländischen Jugendlichen soll gefördert werden.

Wir verurteilen das Verhalten einiger Politikerinnen und Politiker und der Boulevard-Presse, die durch ihre Politik bzw. ihre Berichterstattung für die jetzige Situation in Deutschland mitverantwortlich sind.

Sie spielen bei Veranstaltungen wie Lichterketten und ähnlichen Aktionen eine scheinheilige Doppelrolle. Wir fordern diese Presse auf, die Hetze gegen AusländerInnen zu beenden.

1. Die Mehrheit des „Ausschusses AusländerInnen“ wendet sich gegen die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, das bisher in Artikel 16 GG festgehalten war. Der Artikel 16 GG in seiner neuen Form gewährleistet nicht mehr, daß tatsächlich politisch Verfolgte Asyl gewährt bekommen.

Der Bundeskanzler hat vor einiger Zeit in Zusammenhang mit dem Asylrecht von einer „politischen Bringeschuld der Deutschen an die Geschichte“ gesprochen. Wir unterstützen diese Formulierung im Gegensatz zum Bundeskanzler selbst, der sich mit seiner Politik inzwischen deutlich von seiner Äußerung distanziert.

2. Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das der Entlastung des Asylgesetzes dient und sogenannten Armutsfüchtlingen eine legale Einreisemöglichkeit bietet.
3. Wir fordern, daß AusländerInnen mit Deutschen politisch und sozial gleichgestellt werden. Das bedeutet: kommunales Wahlrecht, sowohl aktiv als auch passiv, für alle BürgerInnen. Außerdem muß endlich ein Antidiskriminierungsgesetz her. Dies muß gewährleisten, daß alle Menschen nicht nur vor dem Gesetz, wie Artikel 3 GG besagt, sondern überall gleich sind und gleich behandelt werden. Jeder, der einen Mitmenschen in irgendeiner Weise diskriminiert und gegen den Artikel 3 GG verstößt, muß mit härterer strafrechtlicher Verfolgung rechnen.
4. Alle AusländerInnen, auch AsylbewerberInnen, sollen in Hamburg die Möglichkeit haben, sich mit Hilfe der Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört unter anderem, daß alle AusländerInnen jederzeit Gelegenheit haben müssen, an deutschen Sprachkursen teilzunehmen, von denen es zur Zeit hier noch zu wenige gibt. Die Integrationsmaßnahmen sollen aber auf freiwilliger Basis stattfinden; keinE AusländerIn soll dazu gezwungen werden, sich der deutschen Kultur anzupassen. AusländerInnen, die wählen wollen, soll nahegelegt werden, einen kostenlosen Deutschkurs zu besuchen, der die Grundzüge der deutschen Verfassung beinhaltet.  
Zur Integrationspolitik gehört auch die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft:

Man kann es keinem/keiner AusländerIn, der/die die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben

möchte, verdienen, wenn er/sie aus rechtlichen oder persönlichen Gründen seine/ihre alte Staatsbürgerschaft behalten will. Wir fordern außerdem die Erleichterung der Einbürgerung für in Deutschland geborene AusländerInnen.

5. Rechtsextremistische GewalttäterInnen und MörderInnen müssen härter strafrechtlich verfolgt werden, genau wie linke GewalttäterInnen vor zehn bis 20 Jahren. Wir verweisen auch hier auf Artikel 3 Absatz 3 GG, wo es unter anderem heißt: „Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden!“ Also: Alle MörderInnen sind vor dem Gesetz gleich, rechte wie linke.
6. Es ist ein Unding, daß einE AsylbewerberIn, der/die in der Umgebung Hamburgs wohnt und der/die am Wochenende gern mit seiner Freundin/ihrem Freund in Hamburg essen gehen möchte, in der Woche davor erst bei der Behörde einen Antrag stellen muß, daß er/sie nach Hamburg „einreisen“ darf. Die Gesetze, die die Freizügigkeit der Menschen so drastisch einschränken, müssen gelockert werden.
7. Die Aufklärungspolitik, besonders an den Schulen, muß verbessert werden. Schon in der Grundschule müssen die Kinder lernen, Menschen nicht nach ihrem Äußeren zu beurteilen und zu verurteilen.
8. Wir weisen darauf hin, daß die Forderung nach Brandschutz von AusländerInnenwohnstätten von politischer und privater Seite eine akute Hilfe darstellt, aber eher eine Symptombekämpfung und keine Lösung von Ursachen ist.
9. Auflösung von Massenlagern wie Neumühlen/Övelgönne, da diese einer Integration der AsylbewerberInnen entgegenwirken.
10. Einrichtung einer allgemeinen Anfangs- und Beratungsstelle mit SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen, unabhängig von der AusländerInnenbehörde.

#### *Schlußsatz:*

Wir fordern euch alle auf, dem alltäglichen Rassismus mit allen friedlichen Mitteln entgegenzutreten!

## **Gewalt**

Der Ausschuß „Gewalt“ hat seinen Schwerpunkt auf Gewalt von Kindern und Jugendlichen gesetzt und sich in den drei Tagen mit den Ursachen beschäftigt. Dazu trafen wir mit Vertretern der Schule, Familienhilfe und Polizei zusammen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß Menschen in frühester Kindheit von der Familie, aber auch von dem gesamten Umfeld entscheidend für ihr weiteres Leben geprägt werden.

Dies sieht im Detail so aus: Sozial schwache Familien sind durch den Einfluß verschiedener Probleme wie finanzielle Not, schlechte Lebensbedingungen und Perspektivlosigkeit oft überfordert. Eltern bringen ihren Kindern aufgrund der Häufung der Probleme nicht die Fürsorge entgegen, die sie benötigen. Liebesentzug, familiäre Probleme und vorgelebte Gewalt durch Familie, Freunde und Fernsehen stört die Entwicklung der Kinder. Dieses wirkt sich oft in Form von Gewalt aus, da die Kinder sich nicht mehr anders zu helfen wissen. Die Mißstände werden durch Drogen- und Alkoholkonsum, Kriminalität und sexuellen Mißbrauch oft noch erhöht.

#### **In den einzelnen Lebensetappen wirken verschiedene Einflüsse auf die Kinder ein:**

- Anfangs haben die Eltern und ihr Freundeskreis den größten Einfluß, der durch die finanzielle Lage, Probleme und geographische Probleme geprägt ist;
- kleine Wohnung, kein Geld und schlechtes Umfeld wirken sich schlecht auf die Entwicklung des Kindes aus;
- aufgrund von Problemen haben die Eltern meist keine Zeit für ihr Kind und lassen ihre Sorgen auf dem Rücken ihres Kindes ab, deshalb zieht sich das Kind zum Fernseher zurück, hat keine FreundInnen und keinen Kontakt nach außen;
- Trabantenstädte bieten keine ausreichenden Spielmöglichkeiten und stellen keinen kindgerechten Lebensraum dar;
- es gibt zu wenig Kindergartenplätze;

- sobald die Kinder in die Schule kommen, werden sie auf einmal mit Lebensregeln konfrontiert, fühlen sich eingeengt, stehen unter Leistungsdruck, geraten durch ihre soziale Lage oft in die AußenseiterInnenrolle;
- in höherem Alter nehmen sie verstärkt ihre Lage wahr und sind politisch gefrustet; sie merken, daß politisch erst reagiert wird, wenn Gewalt stattgefunden hat.

### **Unsere Forderungen:**

- Familienorientierter Wohnungsbau
- ein Recht auf einen Kindergarten- und Kindertagesstättenplatz
- Schaffung von kindgerechten Lebensräumen (verwilderte Wiesen, Freiflächen zum Spielen)
- Einrichtung von Sportmöglichkeiten (Öffnung von Sportplätzen, Basketballkörbe)
- mehr Familienhilfe
- Kinder bei Planungsentscheidungen mit einbeziehen
- Einrichtung von Jugendhäusern
- Streetworker für Kinder und Jugendliche
- mehr Ganztagschulen zur Erhöhung des Angebots an Arbeitsgemeinschaften
- SozialpädagogInnen an jeder Schule (BeratungslehrerIn)
- Veränderung der LehrerInnenausbildung (verpflichtende sozialpädagogische Kurse)
- weniger Gewalt im Fernsehen
- politische Entscheidungen rechtzeitig und nicht erst nach Gewalttaten (bürgerInnennahe Politik)
- doppelte Staatsbürgerschaft, kommunales AusländerInnen-Wahlrecht.

## **Medien**

In seinen Beratungen setzte sich der Ausschuß „Medien“ mit der Frage der beidseitigen Manipulation von Staat und Presse sowie deren Auswirkungen auf das Volk auseinander.

Als BeraterInnen fungierten dabei PressesprecherInnen der Bürgerschaftsfraktionen SPD, F.D.P. und GRÜNE/GAL sowie der stellvertretende Chefredakteur des „GEO“-Magazins, der unter anderem schon für die „Frankfurter Rundschau“ und den „Stern“ gearbeitet hat.

Die Fragen an die PressesprecherInnen der Fraktionen bezogen sich insbesondere auf Mechanismen der Informationsvergabe und Informationsbeschaffung sowie die gegenseitige Manipulation von Politik und Presse.

Die PressesprecherInnen wollten eine direkte Manipulation der Presse durch die Politik nicht bestätigen, eher sei es so, daß die Presse durch Selektion der Pressemeldungen und deren rhetorische Umformung letztendlich diejenige sei, die über die Auswirkungen einer Meldung hauptsächlich entscheiden kann.

Vermutungen über Begünstigung einzelner JournalistInnen mit entsprechender Parteizugehörigkeit bei der Informationsvergabe seitens der Bürgerschaftsfraktionen wurden nicht bestätigt.

Die Vertreterin der GRÜNE/GAL räumte ein, daß es einer kleinen Fraktion wie ihrer entsprechend mehr Probleme bereite, Meldungen gezielt an die Presse heranzubringen, wohingegen die Regierungsparteien damit in der Regel weniger Schwierigkeiten hätten.

Der von uns zu diesem Thema angehörte Journalist, Peter-Matthias Gaede, bestätigte die Macht der Presse. Oft würde der Versuch unternommen, eine objektive Berichterstattung zu verhindern, um die Interessen von Politik und Wirtschaft einzubringen. Dieses geschehe durch bewußte Manipulation, z. B. geschickte Verteilung von Nachrichten und gepflegte Kontakte.

Das Ergebnis der Anhörungen und Beratungen war, daß insbesondere auflagenstarke Magazine und Tageszeitungen oftmals als einzige Mittlerinnen zwischen Politik und Bevölkerung fungieren und dadurch oftmals ein nicht mit der Realität übereinstimmendes Bild vermitteln. Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, nimmt dieser Mechanismus beängstigende Ausmaße an, wenn Sachverhalte zugunsten hoher Auflagen verfälscht, undifferenziert und überzogen dargestellt werden.

Eindeutig kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß die Presse eine nicht unerhebliche Mitschuld am jetzigen Bewußtsein vieler Menschen in unserem Land trägt, daß sie Feindbilder aufgebaut und Angst geschürt hat und in großem Maße unaufklärerisch wirkt, indem sie durch undifferenzierte und reduzierte Meldungen, die keine Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Sachverhalt erfordern, mit menschlichen Emotionen spielt.

Die Pressefreiheit ist ein im Grundgesetz verankertes Recht. Deshalb ist der Ruf nach einer staatlichen Kontrolle über derartige Publikationen nicht sinnvoll und würde auch das Ziel verfehlen.

Deshalb unser Appell an die JournalistInnen, ihrer Pflicht nach objektiver Berichterstattung nachzukommen, Themen sensibler und differenzierter zu behandeln und sich über die Auswirkungen ihrer Publikationen klarzuwerden. Grundrechte dürfen nicht dazu führen, daß dem Kampf um hohe Auflagen und Marktanteile, sowohl in Printmedien als auch im Rundfunk und Fernsehen, Menschenseelen und Menschenleben zum Opfer fallen. Die Medien müssen ihrer Verantwortung als „vierte Gewalt im Staate“ gerecht werden.

#### **Um dieses zu ermöglichen, fordern wir:**

- die Förderung alternativer Hörfunk- und Fernsehprogramme und Druck auf die HAM, diese zuzulassen;
- den Stopp der Angleichung von öffentlich-rechtlichen Programmen an kommerzielle Seichtprogramme, statt dessen die Einführung einer längeren Nachrichtenpflicht für Privatsender.

Es gilt der Appell an die Menschen in unserem Lande, die vorhandenen Möglichkeiten, sich mit Sachverhalten auseinanderzusetzen, zu nutzen; sich kompetent zu machen; um schließlich die Umstände in dieser Welt besser zu begreifen und aktiv in Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Die Politik ist aufgerufen, aufklärerisch zu wirken; ihre Vorbildfunktion, die sich für uns inzwischen bis auf ein Minimum reduziert hat, verantwortungsbewußter wahrzunehmen und sich für eine differenzierte Meinungsbildung in der Bevölkerung einzusetzen.

Das Schulsystem, welches bei der Aufklärung junger Leute als Gegenpol zum häufig einseitigen und verblödenden Fernsehprogramm eine wichtige Rolle spielt, darf nicht weiter kaputtgespart werden. Kritischer Umgang mit Medien, von Gewaltvideos bis zur politischen Presse, muß in den Lehrplänen aller Schulen verankert sein und somit ein fester Bestandteil des Unterrichts werden.

## **Verkehr**

Der Ausschuß „Verkehr I“ empfiehlt der Bürgerschaft die Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs in Hamburg, da nach unserer Ansicht ein Punkt erreicht ist, an dem ein Umdenken in der Verkehrspolitik dringend notwendig wird.

Wir halten es außerdem für notwendig, die ÖPNV- und Fahrradnetze in und um Hamburg herum auszubauen und zu verbessern.

Die Verkehrspolitik muß von der autofreundlichen Politik weggeführt werden und so dem/der BürgerIn ein Umdenken ermöglichen.

Der Ausschuß hat in zwei Unterausschüssen folgende Themen behandelt: Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Alternativverkehr zum Auto.

#### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Die Region Hamburg ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen: Vor 50 Jahren noch eindeutig von Hamburg zu trennende Ortschaften wie z. B. Norderstedt, Ahrensburg, Barsbüttel, Reinbek, Schenefeld und andere sind mit der Stadt verwachsen. Wäre nicht die Landesgrenze, sie wären schon längst eingemeindet.

Andere Städte wie z. B. Pinneberg, Buxtehude und Stade liegen so dicht an Hamburg, daß sich das Leben vieler ihrer BewohnerInnen in Hamburg abspielt.

Doch im Verhältnis zum Wachstum der Stadt ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kaum gewachsen. Viele PendlerInnen benutzen das Auto, weil der ÖPNV unzureichend ist und es nicht genug Erschwernisse für den motorisierten Individualverkehr gibt. Eine Folge davon ist der Verkehrsinfarkt, der uns nicht droht, sondern in dem wir schon stecken. Zur Behebung der momentanen und in naher Zukunft zu erwartenden Mißstände fordert der Ausschuß „Verkehr I“ eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV durch Umsetzung folgender Beschlüsse:

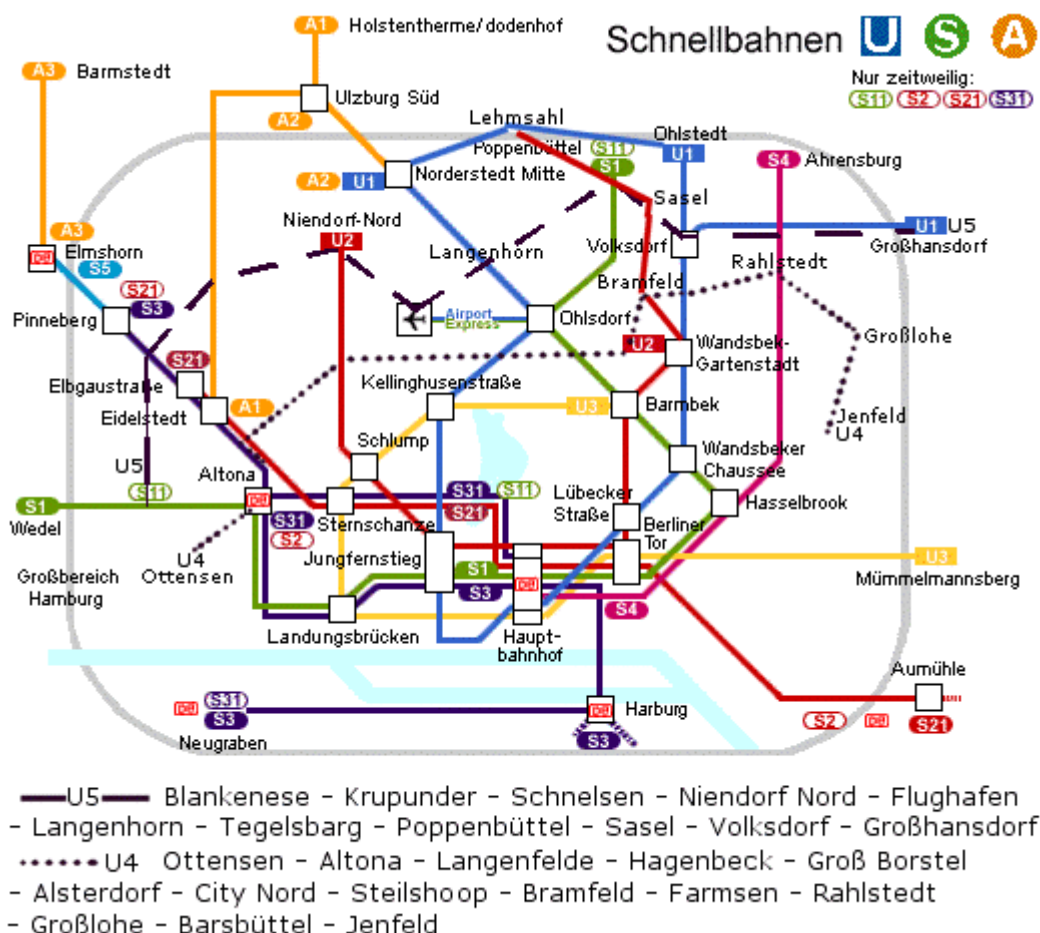
- Auf Langstrecken in Hamburg ist die U-/S-Bahn das optimale, weil schnellste Verkehrsmittel. Wie auf der HVV-Karte unten eingezeichnet, müssen die U 1 und U 2 bis in das Jahr 2010 verlängert werden. Zur Optimierung der Querverbindungen und zum Anschluß von Gebieten wie Ottensen, Osdorf, Lurup, Steilshoop, Bramfeld, Großlohe, Jenfeld, Sasel und der Walddörfer, die bisher nicht an das U-/S-Bahn-Netz angeschlossen waren, fordern wir zwei Ringlinien. Die U4 muß bis zum Jahr 2005, die U 5 bis zum Jahr 2010 gebaut werden. Ausbau der Schnellbahnlinien im südlichen Hamburger Raum.
- Auf Mittelstrecken, z. B. in Stadtteilzentren und auf stark frequentierten Buslinien (102, 108 und andere), muß die Straßenbahn wieder eingesetzt werden.
- Auf Kurzstrecken ist der Bus unersetzbar, vor allem wegen seiner flexiblen Streckenführung.
- Ein attraktiveres HVV-Angebot in der Nacht. Die meisten U-/S-Bahnen in der City (U 3: Barmbek-Berliner Tor, U2: Wandsbek-Gartenstadt-Schlump, U1: Ohlsdorf-Farmsen, S1: Ohlsdorf-Altona, S21/31: Altona-Berliner Tor, ab 2005 U4: Altona-Farmsen) müssen in den Nächten von Sonntag bis Donnerstag halbstündlich fahren, in den Randbereichen stündlich, Freitag und Sonnabendnacht alle 20 Minuten. Die dadurch überflüssigen Nachtbuslinien werden für Querverbindungen eingesetzt.
- Die Verbesserung der S4 und S5, d. h. Elektrifizierung und Erhöhung der Taktfrequenz auf diesen Strecken.
- Die Abschaffung der ersten Klasse in den S-Bahnen und aller Zuschläge.
- Die Einführung einer übertragbaren Umweltmonatskarte, die ganztägig gilt. Der Preis darf 70 DM *nicht* überschreiten.
- Kombitickets, d. h. Eintrittskarten, in deren Preis die Benutzung des HVV eingeschlossen ist, sollten bei kulturellen Veranstaltungen häufiger Verwendung finden.
- Mehr Busspuren in Hamburg. Nur so kann dem motorisierten Individualverkehr Raum genommen und so den Bussen Vorrang gegeben werden. Busse fahren am Stau vorbei.
- Der Abstand zwischen den S 4-Haltestellen Hasselbrook und Ahrensburg muß verringert werden.
- Die Bereitstellung sicherer Fahrradboxen an U-/S-Bahn-Haltestellen sowie Fahrradtransportwaggons in U-/S-Bahnen.
- Alle HVV-Kunden können sich beim Busfahrer/bei der Busfahrerin zwischen 0 und 6 Uhr ein Nachttaxi zu ihrer Zielbushaltestelle bestellen. Die ersten zwei Kilometer kosten pauschal 5 DM ab drei Personen, 4 DM pro Person, danach fallen die üblichen Taxikosten an. Die Verlässlichkeit des Taxitransports muß garantiert werden.
- Eine Erhöhung der Sicherheit in U-/S-Bahnen durch Erhöhung der Anzahl des Wachpersonals. Das Wachpersonal muß besser ausgewählt, ausgebildet und sozial geschult werden, um so bürgerInnennäher zu sein. Die Bediensteten dürfen keine nennenswerten Eintragungen im Vorstrafenregister haben. Der Blickkontakt zwischen den Waggons muß durch Glasfronten gewährleistet sein. Die Waggons müssen mehr Notruftasten haben. Außerdem müssen Bushaltestellen sowie U-/S-Bahn-Stationen und

-Zugänge besser beleuchtet werden.

- Tempo 30 überall, ausgenommen Hauptverkehrsstraßen.
- Eine starke Erhöhung der Strafgebühren und Bußgelder bei Falschparken und überhöhter Geschwindigkeit.
- Einführung einer Parkraumsteuer, Verringerung der Parkplatzanzahl. Sofortiger Neubaustopp für P+R-Anlagen innerhalb des HVV-Großbereiches. P+R-Anlagen sollen nur an Hauptverkehrsstraßen außerhalb dieses Bereiches gebaut werden.
- Eine Nahverkehrsabgabe, Pkw, die innerhalb des HVV-Großbereiches parken, müssen einen Aufkleber an der Windschutzscheibe haben. Den Aufkleber erhält man gegen eine geringe zusätzliche Gebühr beim Kauf einer Monats-/Umweltkarte. BesucherInnen bekommen die Aufkleber auch für kürzere Zeiträume bei der Polizei.
- Die Benutzung des HVV muß behindertengerechter werden.

*Ein gutes ÖPNV-Angebot schafft die Nachfrage und macht die Stadt wieder lebenswert!*

### Grafik: Unser Wunsch-Schnellbahnnetz



### Alternativverkehr zum Auto

Folgende Forderungen und Gedankenansätze hat sich die Gruppe *Fahrradverkehr des Verkehrsausschusses* gemacht:

Wir unterstützen die Denkschrift des Arbeitskreises „Zukunftsfragen“ der Patriotischen Gesellschaft:

1. Auf allen Straßen innerhalb des Wallrings ist Tempo 30 einzuführen (ausgenommen Ost-West-Straße).
2. Alle Einbahnstraßen sind dort für Fahrräder in beiden Richtungen freizugeben.
3. In großräumigen FußgängerInnenzonen ist auf der gleichen Ebene der Fahrradverkehr zuzulassen.

4. FußgängerInnenintensive Straßen sind für den Kraftverkehr zu sperren, Ausnahme: Zulieferung. Der Straßenraum ist auf einheitliches Niveau zu bringen. Fahrräder müssen geschoben werden.
5. Auf größeren innerstädtischen Straßen ist neben dem Fußweg auf der Straße eine ausreichend breite Fahrradspur (deutlich eingefärbt und markiert) einzurichten und von dem fahrenden und parkenden Kraftverkehr freizuhalten. Diese Spuren erlauben zügiges Radfahren ohne Gefährdung der FußgängerInnen.
6. Für Fahrräder ist durchgängig ein gut sichtbares und verständliches Verkehrsleitsystem durch Schilder mit Richtungsangaben, insbesondere in die umliegenden Stadtteile vorzusehen.
7. An geeigneten und vielbesuchten Standorten sind ausreichend große und technisch gut durchdachte Abstellanlagen für Fahrräder und Fahrradgepäck (Schließfächer) einzurichten (z. B. Gerhart-Hauptmann-Platz, Gänsemarkt, Hauptbahnhof, Dammtorbahnhof usw.).“

Weitergehend fordern wir die Umgestaltung der City West. Die Poststraße, Große Bleichen, Gerhofstraße, Neue ABC-Straße sowie Alter Wall, Reesendamm und Mönckedamm müssen zu autofreien Zonen umgebaut werden.

Ebenso ist die Lange Reihe bis zur Lohmühlenstraße zur autofreien Zone zurückzubauen.

Für das Universitätsviertel erwarten wir einen Rückbau der Straßen, allen voran der Grindelallee, auf zwei Spuren und Umbau der Parkstreifen in Radwege, vor allem in folgenden Straßen: Grindelhof, Schlüterstraße, Hochallee und Rothenbaumchaussee.

Für die Stadtzentren von Altona, St. Georg, St. Pauli und für das Karolinentviertel fordern wir Reduzierung von Parkplätzen und weitestmöglich die Schaffung von FußgängerInnenzonen.

Für die gesamte Innenstadt ist es dringend notwendig, die Parkplatzkapazitäten erheblich abzubauen. In Wohngebieten ist einwohnerInnenberechtigtes Parken überall einzuführen. Es muß gewährleistet sein, daß genügend Parkraum für Behinderte vorhanden ist, und kontrolliert werden, ob dieser Parkraum von nicht Betroffenen mißbraucht wird.

Ziel muß es sein, das Autofahren so unattraktiv zu machen, daß die Menschen zum Umsteigen auf andere Verkehrsmittel bewegt werden. Für die RadfahrerInnen ist das Auto der größte Behinderungsfaktor im Straßenverkehr.

Wir stellen fest, daß der übermäßige Autoverkehr in Hamburg zur zunehmenden Verdrängung von FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen aus dem Stadtbild geführt hat.

#### **Deshalb fordern wir folgende Restriktionen für den motorisierten Individualverkehr:**

- Erhebliche Reduzierung der Parkplätze innerhalb des Rings 1 und aller Stadtzentren.
- Tempo 30 innerhalb Ring 2, mit Ausnahme der Hauptstraßen, und eine dementsprechend geregelte Grünphase, um die Geschwindigkeitsbegrenzung effektiver durchzusetzen.
- AnwohnerInnenberechtigtes Parken in Wohngebieten.

#### **Für die Verbesserung der Fahrradbedingungen fordern wir:**

- Einführung der „Total-Rot-Phase“ an Kreuzungen mit hohem FußgängerInnen- und FahrradfahrerInnen-Aufkommen (z. B. Grindelallee/Rentzelstraße/Grindelhof).
- Mehr Druckampeln mit sofortigem Umschalten auf „Rot“ für Kfz.
- Instandhaltung der Radwege auf dem Niveau der Kfz-Fahrbahnen.
- Verbreiterung der Radwege nicht zu Lasten der FußgängerInnen auf mindestens 2 m Breite.

- Kantsteinfreie Straßenübergänge, möglichst übergangslose Überführung der Radwege über Fahrbahnen.
- Sichere, überdachte Fahrradstellplätze an ÖPNV-Haltestellen, Einkaufszentren, Schulen und Uni.
- Errichtung eines Fahrradleihsystems im Stadtzentrum.
- Einstufung des Fahrrades als Fahrzeug und nicht als Gerät, um z. B. die Bewilligung von Dienstfahrrädern für Abgeordnete zu ermöglichen.
- Im Hinblick auf alternative Verkehrsmittel fordern wir die Wiederaufnahme der Subventionierung der Elektro-Fahrzeuge.

Ein Großteil dieser geforderten Maßnahmen erfordert einen geringen finanziellen Aufwand. Deshalb appellieren wir an Ihren politischen Willen, sie zügig durchzusetzen. Wir sind überzeugt, daß dies für eine ökologisch und sozial verträgliche Umgestaltung des Verkehrs in Hamburg in beidseitigem Interesse ist.

### **Semesterticket / ermäßigte Monatskarten**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung

„Parlament, Werkstatt der Politik - Eine Chance mit der Jugend“ („Jugend im Parlament“)

sprechen sich für eine ermäßigte Monatskarte für Wehr- und Zivildienstleistende aus sowie für die Einführung eines Semestertickets für Studierende der Universität Hamburg und der zugehörigen TU Harburg und Technischen Hochschule.

Die Monatskarte des HVV sollte sich an den Tarifen für Auszubildende und Studierende orientieren. Es ist eine Benachteiligung von Wehr- und Zivildienstleistenden, daß diese die allgemeinen Tarife zahlen müssen. Ein Wehrdienstleistender, z. B. mit einem monatlichen Sold von 450 DM, müßte demnach ca. 120 DM für eine Karte Gesamtbereich Hamburg zahlen. Die laufenden Gespräche sollten endlich zu einem Abschluß kommen.

## **Drogen**

### **Hilfe statt Strafe für Drogenabhängige**

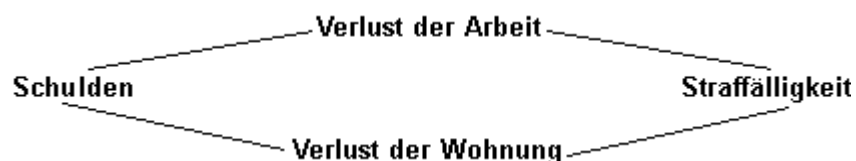
#### *1. Situation der Drogenszene in Hamburg*

Die Politik hat angesichts der in Hamburg vorherrschenden Drogensituation versagt.

Rückläufige Zahlen von Drogentoten und polizeilich erfaßten ErstkonsumentInnen harter Drogen wie z. B. Heroin können über die tatsächliche Situation der Drogenabhängigen in dieser Stadt nicht hinwegtäuschen.

Immer noch konsumieren fast 10000 Menschen täglich harte Drogen. Um ihre Sucht zu finanzieren, benötigen sie täglich mehrere hundert Mark, die sie meist nur durch Prostitution, Diebstahl und Drogenhandel beschaffen können.

Begleitet wird die Abhängigkeit von einem kontinuierlich fortschreitenden sozialen Verfall, der letztendlich zur Ausgrenzung aus der Gesellschaft führt. Da allein schon der Besitz von Drogen als Straftat behandelt wird, geraten sie zwangsläufig in einen Teufelskreis, der sich wie folgt darstellt:



#### *II. Die Situation der Drogenhilfe am Beispiel des „Stay Alive“*

Durch staatlich geförderte Maßnahmen gibt es derzeit zwölf Beratungs- und Kontaktstellen für Drogenabhängige, eines davon ist das „Stay Alive“ in Hamburg-St. Pauli.

Hier ist es möglich, Spritzen zu tauschen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, Beratungsgespräche zu führen und warme Mahlzeiten zu sich zu nehmen (wenn die einzige Köchin nicht gerade im Urlaub ist, wie es während unseres Besuches der Fall war). Zusätzlich gibt es eine Dusche und zwei Waschmaschinen für mehrere hundert Besucher am Tag. Am „Stay Alive“ wird deutlich, in welcher Situation sich die Drogenhilfe in Hamburg befindet.

Einerseits werden Drogenhilfeprojekte begrüßt und für erhaltenswert erachtet, andererseits sieht es in der gegenwärtigen Situation nicht so aus, als würde es eine langfristige Existenzsicherung für die Einrichtung geben.

Der Mietvertrag läuft zum Ende des Jahres ab, und Alternativvorschläge werden unter Angabe von fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

### *III. Unsere Erkenntnisse und Forderungen*

Wir sind der Meinung, daß die Abgabe von harten Drogen auf Rezept nicht der einzige Weg ist, aber einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

Darüber hinaus muß es für die Drogenabhängigen einfacher werden, einen Therapieplatz zu erhalten, denn immer noch dauert es mehrere Monate von der Entscheidung des Drogenabhängigen zum Entzug bis zum Beginn der Therapie.

#### **Wir fordern deshalb:**

- Ausbau des Therapie- und Beratungsnetzes von derzeit etwa 50 Entgiftungsplätzen und zwölf Beratungsstellen auf Entgiftungs- und Beratungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen.
- Vereinfachung des Antragsverfahrens zu einer Therapie sowie der Beschleunigung der Antragsbearbeitung.
- Verstärkung der schulischen Aufklärung, z. B. Gespräche mit TherapeutInnen und Junkies.
- Mehr Toleranz und Verständnis gegenüber Drogenabhängigen.
- Verstärkte Unterstützung aller Beratungsstellen, insbesondere sofortige Sicherung der Zukunft des „Stay Alive“.
- Aufbau eines Suchtzentrams zur Koordination der Prävention.
- Kontrollierte Abgabe von harten Drogen an Drogenabhängige unter ärztlicher Aufsicht bundes- bzw. EG-weit.
- Erleichterung der Methadon-Behandlung.
- Legalisierung sogenannter weicher Drogen (Cannabisprodukte).
- Einführung einer Steuer, die dem Gesundheitswesen zugute kommt, auf Alkohol, Tabakwaren und „weiche Drogen“.

## **Politik und Mitbestimmung in Hamburg**

Der Schwerpunkt des Ausschusses für „Politik und Mitbestimmung in Hamburg“ ist die Politikverdrossenheit, die sich in Parteienverdrossenheit, Parlamentsverdrossenheit und Medienverdrossenheit aufgliedern läßt.

*Begründungen:*

## **Rechtsextremismus Die Politikverdrossenheit zeigt sich dadurch auf:**

- daß geringe Wahlbeteiligung der Bürger, 1991 nur 66,1 Prozent bei Bürgerschaftswahlen, zu verzeichnen war;
- daß sich zunehmend eine apolitische Haltung bei den Jugendlichen bemerkbar macht;
- daß vermindert Jugendliche in etablierte Parteien eintreten, vermehrt Austritte zu verzeichnen sind und dadurch die Parteien veraltern;
- daß radikale Parteien und Gruppierungen durch scheinbar einfache Lösungen und Inhalte Zuspruch gewinnen;
- daß die Auffassung der Bevölkerung, mit der Politik etwas bewegen zu können, abnimmt und sich dadurch das Gefühl der Hilflosigkeit verbreitet.

## **Die Parteienverdrossenheit wird gefördert durch:**

- die zu geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Parteibasis. Im Gegensatz dazu steht die elitäre abgehobene Parteispitze.
- eine scheinbare Konturlosigkeit der Parteien, die in einer politischen Annäherung der Parteien gesehen wird. Es scheint, als fehle eine klare Grundposition. Unterschieden werden muß jedoch zwischen Annäherung und Kompromißbereitschaft.
- ein Streben nach Macht, nicht nach politischer Veränderungsmöglichkeit. Zitat: „Machtversessen, machtvorgessen“ (von Weizsäcker).

## **Die Parlamentsverdrossenheit resultiert aus:**

- der fehlenden Kommunikation zwischen Volk und Politik.
- These 3 (100 Thesen zur Parlamentsreform):  
„Die Schwächung des Vertrauens der Bürger und Bürgerinnen in die Politiker und staatlichen Institutionen fordert dazu heraus, die politischen Entscheidungswege durchsichtiger, die Entscheidungsergebnisse nachvollziehbarer zu gestalten und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen auszubauen.“
- der fehlenden Transparenz der politischen Entscheidungswege z. B. durch:
  - die unverständliche Austauschbarkeit der MinisterInnenämter und die dadurch folgende Infragestellung der Fachkompetenz,
  - nur sehr schwer nachvollziehbar hohe Entgelte der Abgeordneten.
- dem Nichtgerechtworden der (zu) hohen Erwartungen des Volkes durch das Parlament aufgrund:
  - der Abhängigkeit von Industrie und Wirtschaft,
  - der Vorgaben von internationalen Bündnissen (EG, NATO usw.),
  - des zum Teil schon über Jahre hinaus festgelegten Haushaltes.
- der kurzfristigen Planung auf vier Jahre innerhalb einer Legislaturperiode.

Die Einflußmöglichkeit der *Medien* auf Politikverdrossenheit wird bemerkbar durch den Überfluß an

Informationen, der zur Folge hat, daß die BürgerInnen unsensibler und desinteressiert werden und deshalb meist nur noch Parolen und Überschriften aufnehmen.

## **Aus diskutierten Punkten leiten wir folgende Forderungen ab:**

### **I. Zu den Parteien**

- Mehr Basisdemokratie (z. B. Urwahl, Mitgliederbefragung).
- Klarere Grundpositionen beziehen.
- Öffnung nach außen.
- Kompromißbereitschaft nicht mit politischer Annäherung verwechseln.
- Das Wirken der Parteien nicht auf Macht konzentrieren.

### **II. Zum Parlament**

- Aufnahme einer „Jugendfraktion“ mit Rederecht in die Hamburgische Bürgerschaft.
- Dichte und wechselseitige Kommunikation zwischen Parlament und Öffentlichkeit.
- Mehr Transparenz der politischen Entscheidungswege.
- Mehr Fachkompetenz (z. B. bei MinisterInnen).
- Planung nicht auf Legislaturperioden beschränken.
- Festlegung der Diäten durch unabhängige Diätenausschüsse. Ihnen müssen SteuerzahlerInnenverbände angehören. ParlamentarierInnen und PolitikerInnen dürfen maximal ein Drittel der Mitglieder dieses Ausschusses stellen.
- Die Einführung der Volksgesetzgebung. These 99 (100 Thesen zur Parlamentsreform): „Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid werden als Verfahren der Volksgesetzgebung in der Hamburgischen Verfassung vorgesehen.“

### ***III. Zu den Medien***

- Ausgewogene Berichterstattung (nicht nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht).
- Politik nicht zur Show verkommen lassen.

# Schule und Bildung

## Verbesserung der LehrerInnenaus- und fortbildung

### Einleitung

Der derzeitige Zustand der LehrerInnenaus- und fortbildung in Hamburg ist absolut unbefriedigend.

Die Ausbildung neuer LehrerInnen an der Universität und am staatlichen Studienseminar ist praxisfern und geht im Gegensatz zum fachlichen Bereich zu wenig auf die für LehrerInnen unverzichtbaren Felder Pädagogik und Psychologie ein. Neue Erkenntnisse fließen nur langsam in die LehrerInnenausbildung ein, ein Umstand, der durch das zunehmende Durchschnittsalter der ProfessorInnen und SeminarleiterInnen noch verstärkt wird. Die Zusammenarbeit zwischen Universität und Studienseminar existiert - von wenigen zufälligen Ausnahmen abgesehen - nicht, obwohl gerade hier oft übergreifende Maßnahmen vonnöten wären. Im Referendariat wird den jungen LehrerInnen kaum die Chance gegeben, zu lernen, ganz alleine vor der Klasse zu stehen. Da auch vorher kein Zwang zum Kontakt mit Kindern besteht, kommen viele junge LehrerInnen mit einem falschen Berufsbild in die Schule und stellen erst später fest, daß sie an sich für eine Arbeit mit Kindern nicht geeignet sind. Das Prüfungsverfahren mit der einmaligen Lehrprobe in jedem Fach ohne das Einbeziehen der SchülerInnenmeinung macht es zudem nahezu unmöglich, ungeeignete LehrerInnen von vornherein aus dem Schuldienst fernzuhalten.

Ist einE LehrerIn schließlich verbeamtet, kommen neue Problemstellungen dazu. So haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Anforderungen an LehrerInnen völlig verändert. Immer mehr verhaltensgestörte Kinder sitzen in den Klassen, Aggressionen, Gewalt und Drogenkonsum nehmen stetig zu, neue Unterrichtsformen werden entwickelt, und die Erziehungswissenschaften gewinnen tiefere Erkenntnisse. Dennoch lernen über die Hälfte aller Hamburger LehrerInnen nach ihrem zweiten Staatsexamen nie wieder per LehrerInnenfortbildung etwas dazu. Die Folge sind überforderte LehrerInnen, die mit ihren SchülerInnen nichts mehr anzufangen wissen, die immer mehr resignieren und auch fachlich immer seltener noch auf der aktuellen Höhe sind.

Versuchen SchülerInnen, Eltern oder Kollegen etwas an diesem Zustand zu ändern, stoßen sie nicht selten auf unüberwindbaren Widerstand. Zu bequem können es sich einige LehrerInnen im Netz des BeamtInnentums machen, zuviel Aufwand machen Änderungen der LehrerInnenprüfungsordnungen in der Hamburger Schulbehörde, als daß einzelne hieran etwas ändern können. Die Mitglieder des Jugendparlamentes 1993 wollen mit diesem Antrag etwas in die richtige Richtung bewegen und fordern daher:

### 1. Verbesserung der Lehrerausbildung

- Jeder Studierende, der auf das Lehramt hin studiert, muß mindestens ein zweimonatiges Sozialpraktikum in der Kinder- und Jugendarbeit während der Semesterferien innerhalb der ersten beiden Semester absolvieren. Anschließend muß ein intensives Beratungsgespräch mit einem/einer ErziehungswissenschaftlerIn stattfinden. Dadurch soll gewährleistet werden, daß junge LehramtsanwärterInnen früh erkennen, ob sie mit Kindern umgehen können und ob die intensive Arbeit mit Kindern ihnen Freude bereitet.
- Des weiteren muß jeder Lehramtsanwärter Seminare für pädagogische Psychologie, Verhaltensgestörtenpädagogik (Präventionspädagogik) mit Lehrbehindertenpädagogik absolvieren. Damit wird den veränderten Rahmenbedingungen des heutigen Schulunterrichts Rechnung getragen, in dem weniger als früher Fachliches vermittelt, sondern vielmehr erzogen werden muß.
- Um den Studierenden auch den Besuch der Seminare zu ermöglichen, müssen vor allem im Bereich der Präventionspädagogik neue ProfessorInnenstellen an der Universität Hamburg geschaffen werden.
- Des weiteren müssen im Studienseminar die Stunden im Bereich Fachdidaktik gekürzt und statt dessen vermehrt pädagogische Spezialthemen aufgegriffen werden. Dazu gehören beispielsweise Drogen- und Gewaltprävention, die Förderung scheinbar gelangweilter und unbeteiligter SchülerInnen, um deren Möglichkeiten und Begabungen zu wecken, oder der Umgang mit Kindern alleinerziehender und berufstätiger Elternteile.

- Im Referendariat sollen schließlich die ReferendarInnen die Möglichkeit erhalten, eine oder mehrere Einheiten auch ohne die Anwesenheit der kontrollierenden Lehrkraft in einer Klasse zu unterrichten, damit er unverfälscht seine Wirkung auf die SchülerInnen erfahren kann. Vor der Lehrprobe müssen dann auch die SchülerInnen von der Seminarleitung nach ihrem begründeten Urteil befragt werden. Dieses Urteil soll nicht direkt in die Note eingehen, je nach Differenziertheit und Ausgewogenheit aber mit von der Seminarleitung berücksichtigt werden.

## 2. Verbesserung der LehrerInnenfortbildung

- Die LehrerInnenfortbildung muß endlich zum verpflichtenden Programm für alle LehrerInnen werden. Da Hamburgs LehrerInnen nur einen Anspruch auf 30 Tage Urlaub haben, im allgemeinen aber mehr als 80 Tage Ferien im Jahr sind, ist eine verpflichtende LehrerInnenfortbildung von 30 Stunden im Jahr - im Stück oder ein Nachmittag in der Woche - ohne weiteres zumutbar. In diesen Fortbildungskursen im Institut für Lehrerfortbildung (IfL) müssen fachliche Neuerungen, pädagogische Erkenntnisse sowie neue Unterrichtsformen und -methoden vermittelt werden. Vor allem muß auch auf die Entwicklung der SchülerInnengeneration mit den unterschiedlichen pädagogischen Bedürfnissen eingegangen werden. Die so gewonnenen pädagogischen Fähigkeiten sollten dann unter anderem in zu schaffenden KlassenlehrerInnenstunden angewendet werden.
- Damit LehrerInnen nicht verpflichtend alle fünf Jahre „kontrolliert“ werden, sondern frühzeitig Fehlentwicklungen entgegengesteuert werden kann, muß im Schulbereich die Supervision eingeführt werden. Eine nicht vorgesetzte oder zensierende Vertrauensperson muß dafür in unregelmäßigen Abständen unangekündigt in den Unterricht der einzelnen LehrerInnen kommen und anschließend ein Beratungsgespräch mit dem/der LehrerIn führen. So kann dieseR seine/ihre Probleme schildern und mit Hilfe des Supervisors/der Supervisorin teilweise mildern oder gar lösen.

## 3. Statusänderung der LehrerInnen

- Es müssen nachweislich gescheiterte LehrerInnen entlassen werden können, um bei der Besetzung von Leistungsfunktionen qualifizierte LehrerInnen zum Zuge kommen zu lassen.
- Da bis zur Abschaffung des BeamtenInnenstatus noch einige Zeit mit Sicherheit vergehen wird, ist es notwendig, den Status quo wenigstens zu verbessern. Eine Möglichkeit bildet hier das Hessische Autonomiemodell, bei dem sich die Schulen die LehrerInnen selbst aussuchen und nicht mehr zugewiesen bekommen. So könnten Fraktionierungen und lähmende Streitigkeiten im LehrerInnenkollegium vermieden und sich voll auf die pädagogischen und fachlichen Qualitäten konzentriert werden.

## Abschluß

Die obigen Forderungen spiegeln die Erkenntnisse wider, die in der zur Verfügung stehenden Zeit gewonnen werden konnten. Sicherlich sind viele Probleme der Universität, dem staatlichen Studienseminar, dem IfL und der Hamburger Schulbehörde bekannt. Um so trauriger ist es, daß bisher kaum etwas passiert ist. Als unmittelbar Betroffene fordern die Mitglieder des Jugendparlamentes 1993 daher die oben Angesprochenen auf, zum einen die genannten Forderungen zu verwirklichen, zumal diese keinen großen finanziellen Aufwand erfordern, andererseits aber auch endlich ein langfristiges Konzept zu entwickeln, wie die pädagogische Qualität der Hamburger LehrerInnen und LehramtsanwärterInnen verbessert und den Umständen angepaßt werden kann, und dieses dann zu verwirklichen. *Nur wenn Bildung wieder ernster genommen wird, kann eine Eskalation der gesellschaftlichen Probleme verhindert werden.*

## Jugendbeirat

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung  
 „Parlament, Werkstatt der Politik - Eine Chance mit der Jugend“  
 („Jugend im Parlament“)

wünschen auch nach dem Ende der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ eine Mitarbeit bei Themen in der Hamburger Politik in Gestalt eines „Jugendbeirates“ in „echten“ Ausschüssen der Bürgerschaft.

## Information

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung  
„Parlament, Werkstatt der Politik - Eine Chance mit der Jugend“ („Jugend im Parlament“)

fordern die Bürgerschaft auf, sie direkt über alle Ergebnisse ihrer Resolutionen und Beschlüsse sowie über die weitere Verwendung ihrer Resolutionen und Beschlüsse durch die politischen Gremien zu informieren.

## Aktuelle Stunde

### § 218

1. Selbstbestimmung der Frau!  
Abtreibung aufgrund ihres Gewissens.
2. Allgemeine Verbesserung der Verhältnisse für Eltern und Alleinerziehende, um womöglich finanzielle Gründe für Abbrüche auszuräumen, und deshalb
  - a) kostenlose, gesetzlich zugesicherte Ganz- oder Halbtagskinderplätze.
  - b) Einführung vermehrter Gleitzeit, um die finanzielle Situation zu bessern, um Zeit mit dem Kind verbringen zu können, z. B. auch Halbtagsarbeit.
3. Neutrale Beratungsstellen für Abtreibung und Erziehung, die auch telefonisch beraten (auch bis ca. 20 Uhr abends).
4. Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen.
5. Kostenlose Verteilung von Verhütungsmitteln in Apotheken.
6. Übernahme von Abbruchkosten von der Krankenkasse, gegen soziale Ungerechtigkeit.
7. Wiedereinstellung der Frauen in die vorherige Stellung.

### Rechtsextremismus

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung

„Parlament, Werkstatt der Politik - Eine Chance mit der Jugend“  
(„Jugend im Parlament“)

protestieren schärfstens gegen die Neugestaltung des Artikels 16 Grundgesetz (GG). Wir verknüpfen diese Resolution mit dem Wahlauf Ruf an alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger, bei der Wahl am 19. September 1993 die demokratischen Parteien, also keine rechtsextremistischen und rechtsradikalen Parteien, zu wählen.